

Das Wohnungsdesaster beenden!

Aufruf zur Kundgebung vor der Stadtverordnetenversammlung am
Mittwoch,
den 5. Mai 2021 ab 14 Uhr vor der MBS Arena!

[Flyer0505-1Herunterladen](#)

[Flyer0505-kurzHerunterladen](#)

Potsdam

**für alle: Mieterhöhung zurücknehmen – Staudenhof erhalten –
Krampnitz nur mit günstigen Wohnungen!**

*Über Potsdamer Baulandmodell wurde seit 2017 keine einzige
Wohnung mit Mietpreis – und Belegungsbindung geschaffen.
Hauptausschuss stimmt für den Abriss des Staudenhofs
Krampnitz: Bau von Sozialwohnungen in Krampnitz in Gefahr
Nuthewäldchen ohne Baugenehmigung gerodet
Noch immer keine Vorlage für eine soziale Erhaltungssatzung*

Alle diese
Schlagzeilen aus den letzten Wochen dokumentieren vor allem
Eins:

Es gibt ein völliges
Versagen der Wohnungspolitik in Potsdam.

**Es ist ein
soziales und ökologisches Desaster.**

Fühlt sich dafür
eigentlich irgendjemand aus Politik und Verwaltung in unserer
Stadt
verantwortlich?

**Eine kurze
Analyse**

Ein ganz wichtiges
Mittel zum Schutz von Mieter*innen vor Verdrängung und
extremen
Mietsteigerungen sind **„Soziale Erhaltungssatzungen“** oder
auch **Milieuschutzgebiete**. Davon gibt es in Berlin inzwischen
65 in fast allen Bezirken. Damit können nach § 172
Baugesetzbuch
„z.B. Luxusmodernisierungen, Wohnungszusammenlegungen sowie
der
Abbruch und die Umnutzung von Wohnungen versagt werden.

In Potsdam gibt 0
„Sozialen Erhaltungssatzungen“, 0
Milieuschutzgebiete. An einem ersten Entwurf arbeitet die
Stadt
nun seit 2 1/2 Jahren, die Beschlussvorlage wurde 4 x
verschoben.

Berlin hat im Zuge
dieser Satzungen seit 2015 64 x das **Vorkaufsrecht** ausgeübt,
149 Abwendungsvereinbarungen wurden geschlossen.

In Potsdam wurde
dieses Instrument bisher 0 x angewandt.

Seit Jahren wird
überall in Deutschland über eine neue Bodenpolitik diskutiert,
um
Kommunen endlich wieder mehr Verfügungsrecht über den Grund
und
Boden zu geben. Das **Erbbaurecht** spielt dabei eine
entscheidende Rolle. In Ulm, Münster und vielen anderen
Städten
werden Grundstücke inzwischen nach Erbbaurecht vergeben, in
München
wurde der
Verkauf von städtischen Grundstücken auf Grundlage eines
Stadtratsbeschlusses 2017 komplett beendet.

Erbaurechtsvergaben in Potsdam: 0.

Nein,
stimmt ja nicht, die Grundstücke in der Lenne`straße 54/55
sollen
als Modellprojekt nach Erbbaurecht vergeben werden – mit einem
Höchstgebotsverfahren
von mindestens 4 % Erbbauzins. Unbezahlbar.

Verantwortlich für
viele dieser Entwicklungen ist die **kommunale Gesellschaft**
ProPotsdam.

In vielen Städten sind solche kommunale
Gesellschaften ein wichtiges Instrument sozialen Wohnungsbaus.
In

Berlin hat der Senat die kommunalen Wohnungsgesellschaften
angewiesen, in Zeiten der Coronakrise die Mieten nicht zu
erhöhen.

Ebenso in Hessen, Hamburg, Frankfurt und anderen Städten.

Und
in Potsdam? Da **erhöht**
die ProPotsdam

ausgerechnet in der Coronakrise die
Mieten bis an die rechtlich möglichen Grenzen. Gleichzeitig
planen

sie den Abriss bezahlbaren Wohnraums des **Staudenhofs**
und an der Nutheschlange,

organisieren den barocken Stadtumbau in der Stadtmitte mit dem
Abriss
der Fachhochschule und vieles mehr.

Ja, aber das
Baulandmodell!?

Der Potsdamer Baubeigeordnete Herr Rubelt
formulierte es so: „Die Landeshauptstadt Potsdam sieht es
daher

als eine dringliche Aufgabe der allgemeinen Daseinsvorsorge an, für diese Haushalte preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

2013 haben wir den ersten Schritt in die richtige und notwendige

Richtung getan und mit der 2017 eingeführten Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam,

kurz „Potsdamer Baulandmodell“, konsequent fortgeführt.

Jetzt

gibt es die ersten Zwischenergebnisse.

Zahl

der mietpreis

– und belegungsgebundenen

Wohnungen durch das Baulandmodell seit 2017: 0.

Gerade

hat die Stadt mal wieder ihre Interpretation des Modells gezeigt: In

Quartier

Zentrum Ost

darf ein privater Investor

ein Anlageobjekt bauen, ein innerstädtisches Waldgebiet abholzen und

muss wie viel mietpreis – und belegungsgebundenen Wohnraum schaffen?: 0

%.

Es ist ein ein

einziges Desaster.

Im Grunde gibt es in

Potsdam nicht ein einziges Mietenpolitisches Instrument, was wirklich

und konsequent angewandt wird.

Heißt andersrum, der Markt soll

es regeln.

Macht er.

Potsdam ist teuerste Stadt der

neuen Bundesländer. Auf dem Markt gibt eigentlich fast nur noch

überteuerte Möblierte Wohnungen, die Angebotsmieten liegen aktuell

über 12 €/ m².

Niemand

zieht irgendeine Konsequenz, selbst

als vor Kurzem bekannt wurde, dass es möglicherweise auch im neuen

Stadtteil

Krampnitz zu 0 % mietpreis – und belegungsgebundenen

Wohnraum kommen könnte.

Jetzt

fordern wir Konsequenzen!

Herr

Rubelt: Treten Sie zurück!

Ziehen

Sie als Baubeigeordneter die politische Konsequenz und machen Sie

Platz für eine grundsätzliche und konsequente Veränderung in der

Wohnungspolitik der Stadt Potsdam!

Mieterhöhungen zurück nehmen!

Soziale Erhaltungssatzungen überall und sofort!

Staudenhof sanieren und erhalten!

Krampnitz nur mit günstigen, bezahlbaren Wohnungen!

**Kundgebung: Mittwoch, den 5. Mai 2021, ab 14 Uhr vor der
Stadtverordnetenversammlung in der MBS Arena am
Luftschiffhafen!**

Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam